

Weckrufe für Länder und Kommunen

Der Paging-Kongress 2008 in Berlin

Bereits zum 6. Mal tagte in Berlin der Nationale Paging-Kongress. „Technik muss sich stärker an den Bedürfnissen der Feuerwehren und der Benutzer orientieren. Sie muss robust sein, und sie sollte nicht mit Spielereien oder komplizierten Bedienvorgängen überfrachtet sein“, so Schirmherr Hans-Peter Kröger, Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV). Thema war neben der Alarmierung von Einsatzkräften aber auch wieder der langsame Fortschritt bei der Warnung der Bevölkerung.

„Für uns kommt bei Abwägung der verfügbaren Alternativen nichts anderes in Frage als eine Weckfunktion in Rauchwarnmeldern“, insistierte der DFV-Chef. Sieben Länder haben eine gesetzlich verankerte Einbaupflicht von Rauchwarnmeldern beschlossen: Neben Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern im Norden sind dies Hessen, Thüringen, Rheinland-Pfalz und das Saarland. Damit wird aber nur etwa ein Viertel der deutschen Wohnbevölkerung abgedeckt. „Die Erfahrungen zeigen, dass alle Unkenrufe und Bedenken unbegründet sind“, so Hans-Peter

Kröger. Gleichwohl verfolgt das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) einen modularen Ansatz. BBK-Präsident Christoph Unger betonte, dass seine Behörde weiterhin mehrere Systeme erprobe und Bund und Ländern vorschlage.

Derek Banner, Präsident der European Mobile Messaging Association (EMMA), berichtete über Kommunikationsschwachstellen in Großbritannien bei den Terroranschlägen von 2005. „Bei diesem Ereignis war das Paging-Netz unbeeinträchtigt“, hatte sich Michael Strefford von Vodafone laut dem Bericht des Londoner Untersuchungsausschusses geäußert. „Es wird nur eine geringe Anzahl von Nachrichten benötigt, um eine Vielzahl von Adressaten zu erreichen.“ Daraufhin seien laut EMMA-Präsident Banner sofort Pager an den Londoner Rettungsdienst verteilt worden: „Dadurch konnten die Einsätze nach den Attentaten am 21. Juli 2005 besser und geschickter gehandhabt werden.“

Einen Ausblick in die nahe und fernere Zukunft wagte in Berlin schließlich Claus-Peter Hutter. Er ist Leiter der Akademie für Umwelt- und Naturschutz Baden-Württemberg. Angesichts des Klimawandels müssten sich Feuerwehren, THW und andere Hilfsorganisationen



Schirmherr
Hans-Peter Kröger,
Präsident des
Deutschen
Feuerwehrverbandes
(DFV)

mehr mit der wetterkundlichen Vorhersagbarkeit von Extremwetterereignissen und den wasserwirtschaftlichen Gefahren- und Risikobereichen beschäftigen, so Hutters Aufforderung.

Längerfristig werde die Migration zu einem der größten Probleme, auch für Helfer und Kommunen. „Viele derjenigen, die sich auf den Weg machen und die Strapazen in den unzureichenden Booten überleben, landen auf der kleinen Mittelmeerinsel Lampedusa“, so Hutter. „Statt Lampedusa könnten schon morgen Ludwigsburg, Ludwigshafen oder Lübbecke das Ziel sein.“ Städte und Gemeinden mit ihren Feuerwehren und anderen Hilfskräften stünden demnach vor großen Herausforderungen der Unterkunft und Logistik. (kö) ■